

Anlage 1

zum Protokoll der Sitzung des Ortsrates Ramlingen-Ehlershausen am 14.01.2019

Einwohnerfragestunde (vor Beginn der Sitzung)

1. Planverfahren „Ehlershäuser Weg“

- Ein Einwohner fragte, ob eine Linksabbiegespur tatsächlich erforderlich sei und nicht eine Querungshilfe mit Mittelinsel ausreiche und ob die Region die Kosten dafür trage. Ein anderer Einwohner erkundigte sich, ob bei der Region eine Anfrage auf Kostenbeteiligung gestellt worden sei.
Frau Frommelt erklärte, dass die Region aus Gründen der Verkehrssicherheit mindestens eine Mittelinsel als Querungshilfe fordere. Sie werde dort bezüglich einer Kostenbeteiligung nachfragen.
- Ein Einwohner regte an, auf der K 117 eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h einzurichten.
Frau Meinig erklärte, dass der Ortsrat diese Anregung schon mehrfach an die Region gerichtet habe, bisher dort aber keine örtliche Notwendigkeit, die Geschwindigkeit zu reduzieren, gesehen wurde.
In diesem Zusammenhang übergab Frau **Meinig** der Verwaltung ein Schreiben einiger Anwohner des Kreuzungsbereiches K 121/K 117 bzw. der Ortsausfahrt Ramlingen Richtung Ehlershausen, worin diese die Bitte äußerten, der Ortsrat möge sich für eine Geschwindigkeitsreduzierung zwischen den Ortschaften Ramlingen und Ehlershausen auf maximal 70 km/h einsetzen.
- Ein Einwohner fragte, ob die Kapazitäten von Waldschule und Kindertagesstätte für künftige Bewohner des Neubaugebietes ausreichen.
Frau Meinig und **Herr Kugel** erklärten, dass nach derzeitigem Stand keine Kapazitätsprobleme zu befürchten seien.
- Ein Einwohner äußerte seine Befürchtung, dass durch das Fällen von Bäumen der Alleecharakter der Ramlinger Straße verloren ginge.
- Ein Einwohner fragte, was mit dem Wirtschaftsweg „Imkers Gehege“ vorgesehen sei. **Frau Frommelt** erklärte, dieser werde voraussichtlich in städtisches Eigentum übergehen.
- Ein Einwohner bat darum, den nördlichen Grünstreifen mit den darauf befindlichen Bäumen im „Ehlershäuser Weg“ während der Bauphase durch Poller o.ä. zu schützen.
Frau Frommelt sagte dies zu. **Herr Paul** erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass ein großer Teil des Bauverkehrs über die K 117 (Baustraße) abgewickelt werden soll.
- Ein Einwohner kritisierte, dass die Zielmarke der Stadt Burgdorf, bei Neubauvorhaben einen Anteil von 25 % an sozial verträglichem Wohnungsbau zu schaffen, hier deutlich überschritten wurde. **Frau Borchers** zitierte daraufhin den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 24.01.2017, wonach für jedes neu zu entwickelnde Baugebiet die Festsetzung eines angemessenen Anteils von Flächen für den sozialen Wohnungsbau zu prüfen ist. Ziel sei hier ein Anteil von 25 %. **Herr Paul** ergänzte, dass dringender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum bestehe und im Neubaugebiet „Heidenelke“ die Quote sogar 100 % betrage. Der Einwohner regte an, anstelle des Geschosswohnungsbaus im inneren Teil des Neubaugebietes Einfamilienhäuser auf verbilligten Grundstücken zu errichten.